

Geheimsache Badepark

HASSLOCH: Die Kosten für die Varianten eines Weiterbetriebs oder der Schließung des Badeparks liegen laut Bürgermeister Lothar Lorch (CDU) seit März vor. Die Öffentlichkeit soll von diesen Zahlen aber nichts erfahren. Begründung: Sie könnten Auswirkungen auf die Entscheidung des Landes über einen Zuschussantrag haben.

VON ANNEGRET RIES

Die Entscheidung über einen Antrag der Fraktion PiraDiLi (Piraten/Die Linke), die Zahlen öffentlich zu machen und die Bürger an der Entscheidung über die Zukunft des Badeparks zu beteiligen, wurde in der Sitzung des Gemeinderats in der vergangenen Woche (wir berichteten) erneut verschoben – mit Zustimmung der Antragsteller.

Die Zukunft des Badeparks, der von den Gemeindegewerken betrieben wird, ist seit Jahren ein Dauerthema der Haßlocher Politik. Der Badepark verursacht jährlich ein hohes Defizit und ist sanierungsbedürftig. Derzeit wird über mehrere Varianten diskutiert. Dabei ist die Schließung des Badeparks ebenso ein Thema wie ein Betrieb ausschließlich als Freibad. Eine Variante ist die Sanierung des Badeparks. Eine vierte Variante ist die Sanierung, verbunden mit Erneuerungen, die die Attraktivität der Einrichtung steigern sollen.

Die Kosten für die verschiedenen Varianten wurden ermittelt und nach Angaben von Lorch im März den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Gemeindegewerke und den Vorsitzenden der Ratsfraktionen vorgestellt. Bereits am 2. März hatte die Fraktion PiraDiLi beantragt, dass die Kosten der einzelnen Varianten den Bürgern bekannt gegeben werden sollen, ebenso die Prognosen über die finanziellen Auswirkungen bei Umsetzung der einzelnen Varianten.

Im Juni soll der Aufsichtsrat der Werke eine Empfehlung für eine der Varianten abgeben.

Piraten/Die Linke forderten außerdem, dass die Bürger an der Entscheidung darüber, welche der möglichen Varianten umgesetzt werden soll, beteiligt werden sollen. Die Identifikation der Bürger mit dem Badepark werde verstärkt, „wenn man ihnen die Entscheidung darüber überlässt und sie die Verantwortung dafür übernehmen müssen“, so die Fraktion in ihrem Antrag.

In einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Gemeinderats am 18. März wurde beschlossen, dass eine Entscheidung über den Antrag vertagt werden soll, bis alle Zahlen vorliegen. Auf Wunsch von PiraDiLi wurde der Antrag in der Sitzung des Gemeinderats in der vergangenen



Hoffentlich keine Bauchlandung: Für die Zukunft des Badeparks werden derzeit vier verschiedene Varianten diskutiert.

FOTO: MEHN

Woche behandelt. Der Badepark sei eine freiwillige Leistung, deren Kosten die Bürger tragen müssten, so Ralf Berger (Piraten). Deshalb solle auch die Entscheidung über die Zukunft des Badeparks bei den Bürgern liegen. Die Haßlocher sollten alle Informationen bekommen, „damit sie gut abstimmen können“, so Berger. Einstimmig beschlossen die Ratsmitglieder, dass eine Entscheidung über den Antrag verschoben wird, bis alle Zahlen vorliegen.

In einer Sitzung des Aufsichtsrats der Gemeindegewerke am Donnerstag vergangener Woche wurde darüber informiert, welche finanziellen Auswirkungen die Umsetzung der einzelnen Varianten auf die Gemeindegewerke haben würden. Diese Zahlen sollen nicht öffentlich bekannt werden, betont Lorch auf Anfrage der RHEINPFALZ. Denn daraus könnten die Konkurrenten der Werke Rückschlüsse ziehen.

Doch auch die Höhe der Kosten der einzelnen Varianten soll zunächst geheimgehalten werden. Lorch nennt als Grund, dass die Gemeinde beim Land einen Antrag auf einen Zuschuss für eine Sanierung und attraktivere Gestaltung des Badeparks gestellt hat. Wenn beim Land bekannt würde, dass es auch kostengünstigere Lösun-

gen gibt, könne dies negative Auswirkungen auf die Entscheidung über den Zuschussantrag haben. Deshalb wolle man erst einmal die Entscheidung des Landes abwarten, so Lorch.

Wie er berichtet, ist für Juni eine Sondersitzung des Aufsichtsrats der Gemeindegewerke geplant. Dabei sollen die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Empfehlung für eine der möglichen Varianten abgeben. Wesentlicher Gesichtspunkt für die Entscheidung des Aufsichtsrats müssten die Auswirkungen auf die Gemeindegewerke sein, betont Lorch. Die Entscheidung des Aufsichtsrats solle eine Empfehlung für die politischen Gremien der Gemeinde – hier Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss sowie Gemeinderat – sein.

Lorch verweist darauf, dass vor einer Entscheidung des Gemeinderats noch Gespräche mit der Kommunalaufsicht (Kreisverwaltung Bad Dürkheim) geführt werden müssen. Denn angesichts des defizitären Haushalts der Gemeinde müsse die Kommunalaufsicht zustimmen, wenn die Gemeinde Geld für den Badepark ausgeben will.

KOMMENTAR

Verwunderlich

VON ANNEGRET RIES

Wenn die Bürger die finanziellen Auswirkungen der Varianten auf die Werke nicht erfahren dürfen, kann man sich eine Bürgerbefragung sparen.

Die Aussage von Bürgermeister Lorch, dass man vor Bekanntgabe der Kosten der verschiedenen Varianten für den Badepark die Entscheidung des Landes über einen Zuschussantrag abwarten will, ist mehr als verwunderlich. Die zuständigen Gremien des Landes entscheiden über viele Zuschussanträge zur Sanierung von Bädern, und sie wissen, dass es in aller Regel auch kostengünstigere Varianten gibt. Und wenn diese Gremien die entsprechenden Zahlen wollen, dann bekommen sie diese auch.

Diskussionen um Bäder in der Region haben gezeigt, dass sich die Haßlocher nicht viel Hoffnung machen sollten, dass die teuerste Variante bezuschusst wird. Sowohl beim Grünstadter Allwetterbad als auch beim Maikammerer Kalmitbad

mussten die Pläne erst einmal abgespeckt werden, bevor ein Zuschuss des Landes bewilligt wurde.

Fast schon paranoide Züge trägt die Geheimhaltung von Zahlen. Wenn die Haßlocher nicht erfahren dürfen, welche finanziellen Auswirkungen die unterschiedlichen Varianten auf die Werke haben, kann man sich Bürgerbeteiligung und -befragung gleich sparen. Denn nur, wenn die Bürger alle Fakten kennen, können sie verantwortungsvoll entscheiden.

Spannend ist die Frage, wie sich die SPD verhalten wird. Als Opposition haben die Genossen die Veröffentlichung von Informationen und die Beteiligung der Bürger immer wieder gefordert. Bleibt abzuwarten, ob die SPD in der großen Koalition daran festhält.